



CHRISTOF STÄCHE / AP

Oktoberfest-Besucherin

ROTES KREUZ

Alljährliche Bluttests an Bierleichen

Wegen Blutentnahmen an Hunderten volltrunkener Patienten auf dem Oktoberfest gerät das Bayerische Rote Kreuz (BRK) immer stärker unter Druck. Ende August musste der BRK-Kreisverband München einräumen, dass der Leipziger Arzt Christian Binner 2004 in der Notfallambulanz der Wies'n 405 Bluttests vornehmen ließ, die in eine medizinische Studie über Trinkgewohnheiten und Drogenkonsum eingeflossen sind. Weil es Zweifel am Einverständnis der stark alkoholisierten Probanden zur Studienteilnahme gab, ermittelt die Münchner Staatsanwaltschaft wegen Körperverletzung gegen den Arzt, aber auch gegen ehrenamtliche Helfer des Rettungsdienstes. Bei einer internen Sitzung zur Aufklärung der Vorfälle vergangene Dienstag soll der BRK-Führung von Bereitschaftsärzten vorgeworfen worden sein, es habe nicht nur 2004, sondern auch in den Jahren von 2005 bis 2008 Tests unter Binner's Leitung gegeben. Dies habe das BRK der Öffentlichkeit verschwiegen. Die Ärzte behaupteten, auf Anweisung des Leipziger Mediziners sei bis zu 300 Patienten pro Jahr Blut für sogenannte Blutgasanalysen abgenommen worden. Die Proben seien in einer Versuchsreihe ausgewertet worden. Das BRK räumte ein, dass es Beschwerden über weitere Blutentnahmen für angebliche Studien gegeben habe. Diese seien aber zu diagnostischen Zwecken erfolgt. Auch Binner ließ über seinen Anwalt mitteilen, es seien 2005 bis 2008 zwar Blutgasanalysen erfolgt, die Werte hätten jedoch keiner Studie gedient.

FALL DEMJANJUK

SS-Ausweis erneut unter der Lupe

Im Verfahren gegen den mutmaßlichen IKZ-Aufseher John Demjanjuk will die 1. Strafkammer des Landgerichts München II offenbar letzte Hindernisse für die Zulassung der Anklage aus dem Weg räumen. An diesem Montag nehmen Richter, Staatsanwälte und Verteidiger in München erneut das zentrale Beweisstück gegen den 89-Jährigen in Augenschein. Es handelt sich um den SS-Dienstausweis, auf dem Demjanjuks Verlegung vom Ausbildungslager Trawniki ins Vernichtungslager Sobibór eingetragen ist, in dem er 1943 als Wachmann an der Ermordung von mindestens 27 900 Juden beteiligt gewesen sein soll. Ein Historiker der US-Sonderermittlungsbehörde OSI bringt das Dokument aus Washington, wo es in einem Tresor des Justizministeriums verwahrt wird. Zwar lag der Ausweis im Februar bereits einem Spezialisten des Bayerischen Landeskriminalamts vor, doch mit der damaligen, eher oberflächlichen Analyse ließ sich dessen Echtheit nicht zweifelsfrei begründen. Die USA hatten den gebürtigen Ukrainer im Mai nach Deutschland abgeschoben, er ist derzeit als Untersuchungshäftling auf der Krankenstation des Gefängnisses Stadelheim untergebracht. Den Antrag seines Rattinger Anwalts Ulrich Busch, Demjanjuk

wegen seines Gesundheitszustands aus der Haft zu entlassen, lehnte die Strafkammer ab. Laut mehreren Gutachten sei Demjanjuk haft- und eingeschränkt verhandlungsfähig. Nach Planung des Kammervorsitzenden Ralph Alt könnte der Prozess in der ersten Novemberwoche eröffnet werden. Busch erwägt nun, vors Bundesverfassungsgericht zu ziehen, was allerdings den Beginn nicht hinauszögern würde. Im anstehenden Verfahren wird Demjanjuk wahrscheinlich schweigen: „Mein Mandant wird sich zu den Vorwürfen nicht einlassen“, sagt Verteidiger Busch.



MARIJAN MURAT / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Demjanjuks Dienstausweis von 1942

WAHLKAMPF

Großspender mögen FDP

Die deutsche Finanzwirtschaft pflegt im Bundestagswahlkampf eine besondere Vorliebe für die FDP. Unter den Großspendern über 50 000 Euro, die in den letzten Monaten an die Parteien geflossen sind, befinden sich auffällig viele Zahlungen deutscher Banken und Finanzdienstleister an die Liberalen. Im Juni bekamen sie 200 000 Euro von der Deutschen Bank, 150 000 von der Deutschen Vermögensberatung AG und 100 000 von der Allfinanz Deutsche Vermögensberatung überwiesen. Im April erhielt die FDP 250 000 Euro von der Düsseldorfer Finanzierungsgesellschaft Substantia. Die CDU konnte sich über 106 000 Euro von der Hamburger Berenberg Bank freuen und über 200 000 Euro von der Deutschen Bank. Für SPD und Grüne war bei den Großspendern der Finanzbranche nichts zu holen.

RUSSLAND

Blockierte Diplomaten

Hinter den Kulissen liefern sich die Außenministerien Russlands und Deutschlands einen diplomatischen Zweikampf, der an die Zeiten des Kalten Kriegs erinnert. Das Auswärtige Amt verweigerte kürzlich drei russischen Gesandten die Akkreditierung in der Bundesrepublik. Grund waren Informationen der Nachrichtendienste, dass die drei Russen als Spione eingesetzt werden sollten. Moskau revidierte sich prompt und verweigert seit Wochen dem designierten Leiter der deutschen Konsularabteilung in Moskau die Anerkennung. Mittlerweile hat das Auswärtige Amt diese „Retorsionsmaßnahme“ der Russen, wie diese Vergeltungsoperation unter Diplomaten heißt, akzeptiert und will jetzt einen neuen Kandidaten für den wichtigen Konsularposten in Moskau suchen.